

Niveau zu halten. Das ist ein sehr wesentlicher Punkt.

Ich sage das auch im Hinblick auf die Debatten, die über das Gelingen oder Misslingen des Experiments einer Verstaatlichung der Landesstraßenbauverwaltung in Gestalt eines modernen öffentlichen Dienstleistungsunternehmens hier streitig stattgefunden haben. Es hat sich erwiesen, dass es eine Lösung zur Modernisierung der Straßenbauverwaltung in der Obhut und Verantwortung des Landes Nordrhein-Westfalen gibt, die heute dazu beiträgt, den Verwaltungsaufwand im Landesstraßenbau geringer zu halten und damit die Investitionstätigkeit auf hohem Niveau fortzusetzen. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der SPD)

**Vizepräsidentin Edith Müller:** Herzlichen Dank, Herr Minister. - Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Ich möchte den Hinweis geben, dass die Abstimmung über den Einzelplan 08 erst am Donnerstag nach der Beratung über den Bereich 7 - Umwelt und Landesplanung - erfolgt.

Ich rufe nunmehr den **Bereich 9** auf:

#### **Ministerpräsident und Staatskanzlei**

Damit ist der Einzelplan 02 - Ministerpräsident - angesprochen.

Ich verweise auf die Beschlussempfehlung Drucksache 13/4802.

Ich eröffne die Beratung und erteile zunächst Herrn Jostmeier für die Fraktion der CDU das Wort. Bitte schön.

**Werner Jostmeier (CDU):** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Bei dem Einzelplan 02 - Staatskanzlei - möchte ich mich im Zuge dieser Haushaltsberatung auf drei Punkte konzentrieren.

Der erste Punkt lautet: Projekt Ruhr GmbH. Die Projekt Ruhr GmbH haben wir bereits während der Haushaltsberatungen in den vergangenen drei Jahren stets zum Gegenstand von Sparvorschlägen gemacht, weil im Haushalt für das Jahr 2003 ein Soll in Höhe von 9,926 Millionen € stand.

In den letzten Wochen hat sich herausgestellt, dass sich Herr Steinbrück, der Chef der Regierung des Landes Nordrhein-Westfalen, unseren Argumenten offensichtlich angeschlossen hat. Er hat nämlich entschieden, dass die Projekt Ruhr GmbH nicht weitergeführt werden soll.

Trotzdem sind im Doppelhaushalt 2004/2005 noch 9 bzw. 7 Millionen € dafür vorgesehen. Als wir im Hauptausschuss nach den Gründen gefragt haben, wurde uns gesagt, dass diese Gelder gebraucht würden, damit die Projekt Ruhr GmbH weiterhin für die Umsetzung des Ziel-2-Programms der Europäischen Union arbeiten könne. Jedermann weiß aber - oder sollte wissen -, dass es in unserem Wirtschaftsministerium ein spezielles Ziel-2-Sekretariat gibt, das genau diese Aufgabe hat.

Wenn es weitere Tätigkeiten für die Projekt Ruhr GmbH geben sollte, die man ihr für die Jahre 2004 und 2005 noch zubilligt, dann soll man es sagen. Mit dieser Begründung können wir hinsichtlich des Sparhaushaltes und der Haushaltssituation aber nicht leben. Wir können keine Doppelstrukturen finanzieren.

Punkt zwei. Wir möchten, dass Teile dieser dann frei werdenden Gelder in Höhe von 9 bzw. 7 Millionen € für den Weltjugendtag verwendet werden. Sie wissen, dass im August 2005 der Weltjugendtag in Köln stattfindet. Der Weltjugendtag wird seit 20 Jahren weltweit begangen. Die Teilnehmerzahl beträgt etwa 600.000 bis 1,1 Millionen.

Das Land Nordrhein-Westfalen hatte - so muss ich sagen - bisher signalisiert, sich daran finanziell nicht beteiligen zu wollen. Obwohl der Bund - der Haushaltsobmann in Berlin, der der SPD angehört - gesagt hat, dass man ihn mit 7,5 Millionen € finanzieren will, hat sich die SPD in Nordrhein-Westfalen erst jetzt - heute steht im "Kölner Stadtanzeiger", dass auch das Land Nordrhein-Westfalen bereit ist, 2 Millionen € hinzuzugeben - ebenfalls dazu entschieden.

Wir möchten mit unserem Antrag dazu beitragen, dass im Jahre 2005 5 Millionen € für den Weltjugendtag bereitgehalten werden; denn Nordrhein-Westfalen kann es sich nicht erlauben, sich an einem solchen kulturellen Großereignis, an dem 120 Nationen und über 4.000 Medienvertreter teilnehmen, finanziell nicht zu beteiligen.

(Beifall bei der CDU)

- Danke schön.

Bei Punkt drei geht es um die Öffentlichkeitsarbeit. Die Landesregierung behauptet immer und immer wieder und in diesem Jahr noch mehr, dass die Ausgaben für die Öffentlichkeitsarbeit in den letzten Jahren bereits sehr stark zusammengestrichen worden seien.

Wenn man sich die Zahlen des Haushalts anschaut, dann kann man diese Verringerung nicht

erkennen. In den Häusern der Landesregierung gibt es Pressestellen und Fachabteilungen, die im vergangenen Jahr trotz eines Sparhaushalts 16,6 Millionen € für die Öffentlichkeitsarbeit veranschlagt hatten. Wenn Sie sich den Haushalt 2004 anschauen, dann sehen Sie, dass dieser Titel noch um 2,1 Millionen € erhöht wurde. Von Sparhaushalt im Bereich der Öffentlichkeitsarbeit kann also keine Rede sein.

Hinzu kommt noch, dass ebenfalls im Jahre 2004 9,3 Millionen € für Veranstaltungen usw. vorgesehen sind. Und schließlich hat der Ministerpräsident in der zweiten Ergänzungslieferung einen Strichansatz für eine Standortkampagne für das Land Nordrhein-Westfalen vorgesehen, die, wie wir hören, etwa 7 Millionen € kostet.

(Lothar Hegemann [CDU]: Wir haben es ja!)

Wenn Sie seitens der Landesregierung und Rot-Grün dem Land etwas Gutes tun und eine wirkungsvolle Kampagne für das Land Nordrhein-Westfalen vollziehen wollen, dann verzichten Sie auf diese 7 Millionen € für Öffentlichkeitsarbeit und Hochglanzbroschüren. Geben Sie sie den Kindern und den Schülerinnen und Schülern in unserem Land, und zwar je zur Hälfte den Ersatzschulen - 30.000 Schülerinnen und Schüler haben heute hier demonstriert - und - in Form von Betriebskostenzuschüssen - den Kindertagesstätten! Es sitzen Damen und Herren aus allen Wahlkreisen hier, die gerade wieder dafür demonstriert haben.

**Vizepräsidentin Edith Müller:** Herr Jostmeier, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

**Werner Jostmeier (CDU):** Diese Kürzungen gehen sehr an die Substanz. Verzichten Sie auf die Werbung und geben Sie es den Kindern im Land Nordrhein-Westfalen! - Herzlichen Dank, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Edith Müller:** Vielen Dank, Herr Jostmeier. - Für die Fraktion der SPD hat jetzt Frau Danner das Wort.

**Dorothee Danner (SPD):** Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Durch den Haushalt des Ministerpräsidenten wird ein großer Beitrag zur Konsolidierung des Gesamthaushaltes geleistet. Auf der anderen Seite wird es in den Jahren 2004 und 2005 trotz Einsparungen aber Prioritäten geben.

Erstmals ist in diesem Haushalt die Titelgruppe "Förderung des Ehrenamtes" aufgeführt. Dies soll dazu beitragen, das bürgerschaftliche Engagement zu stärken und zu fördern. Gerade in der heutigen Zeit, in der allenthalben immer wieder der Ruf nach dem Staat ertönt, wenn es eine Fehlentwicklung in der Gesellschaft gibt oder irgendwelche Probleme auftreten, leisten viele Leute in diesem Lande ehrenamtliche unentgeltliche Arbeit.

Ich will nur einige Musterbeispiele nennen, die ich ganz besonders gut finde: Es gibt die Mittagstafeln, es gibt den Nachhilfeunterricht für Kinder aus Migrantenfamilien und es gibt in vielen Krankenhäusern Männer und Frauen - bei uns in der Region heißen sie "grüne Damen", es existieren aber auch andere Bezeichnungen für sie -, die sich um Kranke, ihre Probleme und die Erledigung der Gänge, die diese nicht mehr vornehmen können, kümmern. Mit diesem Haushaltstitel sollen diese Initiativen unterstützt werden. Es soll Veranstaltungen geben, Konzepte und Best-Practice-Projekte sollen unterstützt werden. Jeder und jede, der/die diesem Haushaltstitel nicht zustimmen können, hat die Zeichen der Zeit nicht erkannt.

(Beifall bei der SPD)

Am 27. Januar 2003 hat die Landesregierung unter dem Titel "Zukunft des Öffentlichen Dienstes - Öffentlicher Dienst der Zukunft" den Abschlussbericht einer Kommission vorgelegt und sich entschlossen, diesen Bericht nach Prüfung zügig umzusetzen. Zu diesem Zweck hat der Ministerpräsident einen Beauftragten für die Reform des öffentlichen Dienstes berufen, der für die Koordination zuständig ist, das Vorhaben überwacht und die Durchführung betreut. Mit Wolfgang Riotte, dem ehemaligen Staatssekretär aus dem Innenministerium, ist eine sehr gute Personalentscheidung getroffen worden.

Mit den Mitteln des Titels 525 62 - Schulungsmaßnahmen zur Binnenmodernisierung - werden in den Jahren 2004 und 2005 je 2,9 Millionen € für etwas mehr als 410 Beschäftigte des Landes veranschlagt. Ich bin der Meinung, dass in den nächsten Jahren dieser Bereich sogar noch aufgestockt werden müsste.

Jetzt komme ich zur Projekt Ruhr GmbH, einem Ihrer Lieblingsthemen. Ihre Forderung war, dort den Ansatz auf null zu setzen. Diesen Vorschlag kann ich nicht nachvollziehen. Das kann man wohl nur, wenn man sich nicht in der Regierungsverantwortung befindet. Dort von heute auf morgen den Haushaltsansatz auf null zu setzen, bedeutete, Projekte sofort zu stoppen und die ent-

sprechenden Arbeiten sofort zu beenden. Die Mittel gehen ja nicht in den Apparat, sondern es geht vielmehr darum, den Strukturwandel im Revier voranzutreiben. Das halten wir nach wie vor für ein wichtiges Anliegen. Sie sollten in diesem Zusammenhang einmal die Landräte und Bürgermeister mit schwarzem Parteibuch fragen, wie sie zu diesen Ideen stehen.

Nordrhein-Westfalen ist ein weltoffenes Land. Wir beteiligen uns in den Jahren 2005 und 2006 an der Präsentation "Deutschland in Japan". Dabei werden in Japan deutsche Kultur und die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit präsentiert. In Nordrhein-Westfalen lebt und arbeitet die größte Gruppe Japanerinnen und Japaner in Europa. Sie fühlen sich wohl bei uns. Deshalb finde ich es gut, dass wir uns an dieser Präsentation beteiligen.

Nordrhein-Westfalen geht aber nicht nur in die Welt, sondern Nordrhein-Westfalen holt auch die Welt zu sich. Im März 2005 - das hat Herr Jostmeier schon angesprochen - finden in Köln die 20. Jugendtage der katholischen Kirche statt. Es wird eine Begegnung zwischen jungen Leuten aus aller Welt geben. Toronto war seinerzeit gerade für die Jugendlichen aus den neuen EU-Beitrittsländern mit einem relativ weiten Weg verbunden. Umso toller ist es, dass jetzt gerade für diese Länder der Weg kürzer ist, sodass sich die Jugendlichen von dort in starkem Maße beteiligen werden.

Die Landesregierung steht seit langem im Dialog mit dem Veranstalter, der jetzt an die Landesregierung herangetreten ist und um einen finanziellen Beitrag gebeten hat. Wir streben einen Konsens an und werden mit Ihnen gemeinsam trotz des engen Haushalts einen Finanzierungsvorschlag unterbreiten. Das sollten wir auch im Sinne des Projekts gemeinschaftlich leisten.

Herr Jostmeier, jetzt komme ich zu einem Thema, das Sie immer wieder gerne ansprechen: Öffentlichkeitsarbeit. Sie führen Bayern stets als glorreiches Modell für alles an. Die Landesregierung hat im letzten Jahr im Haushalt der Staatskanzlei 1,8 Millionen € für Öffentlichkeitsarbeit ausgewiesen. In Bayern waren es 3,6 Millionen €.

**Vizepräsidentin Edith Müller:** Frau Danner, Ihre Redezeit ist beendet.

**Dorothee Danner (SPD):** Ich komme sofort zum Schluss. - An der Stelle kann das Musterland Bayern also nicht unbedingt angeführt werden.

Der Haushalt des Einzelplans 02 ist der Haushaltslage angemessen und zukunftsorientiert. Sie

müssten sich alle einen Ruck geben und diesem Haushalt zustimmen können. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Edith Müller:** Vielen Dank, Frau Danner. - Für die Fraktion der FDP hat jetzt Frau Thomann-Stahl das Wort.

**Marianne Thomann-Stahl<sup>1)</sup> (FDP):** Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! An einem sehr zentralen Punkt ruft der Haushaltsplan des Ministerpräsidenten den Widerstand der FDP-Fraktion hervor. Es wird Sie nicht überraschen: Dabei geht es um den Bereich der Projekt Ruhr GmbH.

Schon sehr frühzeitig habe ich deren Auflösung gefordert. Sehr deutlich habe ich das noch einmal nach dem Bericht des Landesrechnungshofs über die Defizite der Projekt Ruhr GmbH vorgetragen. Daher ist es nur konsequent, dass die FDP-Fraktion den Haushaltsansatz zunächst um 9 Millionen € und im Jahr 2005 noch einmal um 7 Millionen € auf null reduzieren wollte.

Die Gründe sind einfach: Die Landesgesellschaft soll den Strukturwandel im Ruhrgebiet unterstützen. Bis jetzt sind aber noch keine Erfolge dieser landeseigenen GmbH nachweisbar oder auch nur ansatzweise erkennbar. Damit hat die Projekt Ruhr GmbH ihre Aufgaben nicht erfüllt. Auf eine einfache Formel gebracht: Ein Unternehmen, das nichts leistet, sollte den Steuerzahler auch nichts kosten.

Zudem ist die Verwendung der Mittel für das Parlament völlig undurchschaubar. Grundsätzlich ist gar nichts dagegen einzuwenden, dass landeseigene Geschäfte auf landeseigene GmbHs verlagert werden, um im Rahmen des GmbH-Gesetzes schnellere Entscheidungen herbeizuführen. Die unverzichtbare Voraussetzung dafür ist aber, dass sich der Geschäftsführer als Treuhänder öffentlicher Mittel versteht und bei seiner Tätigkeit immer die Interessen des Landes im Auge behält. Daher dürfen landeseigene Gesellschaften unserer Auffassung nach kein Eigenleben wie eine Inhabermfirma entwickeln. Schließlich geht es um das Geld der Bürgerinnen und Bürger in Nordrhein-Westfalen.

Die Projekt Ruhr GmbH hat auch die Funktion des Gesellschafters der Kultur Ruhr GmbH. Und die Geschäftsführung der Kultur Ruhr GmbH steht mehr als nur im Verdacht, bei der Vergabe von Leistungen vergaberechtliche Vorschriften missachtet zu haben. Da sollen Äußerungen wie die

des Vorsitzenden des Kommunalverbands Ruhr wohl beruhigend wirken, der meint, dass das Walten nach Gutsherrenart mit Steuergeld der Bürgerinnen und Bürger ohne Folgen für den Steuerzahler geblieben sei. In vielen Fällen sei durch kreatives Verhandeln sogar Geld eingespart worden.

Meine Damen und Herren, das ist nicht nur nicht beruhigend, sondern das ist schlicht rechtsstaatswidrig und falsch.

(Beifall bei der FDP und von Werner Jostmeier [CDU])

Das können wir als Parlament nicht hinnehmen.

Selbstverständlich ist auch hier ein wirtschaftlicher Schaden nicht zu bestreiten; denn 2 ½ Millionen €, die fehlen, kann man wohl nur als wirtschaftlichen Schaden bezeichnen. Der ist von Ihnen zwar durch das Umschichten von Mitteln aus dem Kulturretat des Landes zugunsten der Gesellschaft und durch eine KVR-Bürgerschaft geheilt worden, die der Kultur Ruhr nebenher noch einen Verlustvortrag beschert. Beides zusammen wird sich aber in den nächsten Jahren negativ auf alle kulturellen Projekte in Nordrhein-Westfalen auswirken. Auch deswegen sind wir nicht der Meinung, dass hier etwas geheilt worden ist.

Wir müssen im Auge behalten - das ist wichtig -, dass durch die Bildung landeseigener Gesellschaften ein Teil des Regierungshandelns der parlamentarischen Kontrolle entzogen wird. Wir müssen außerdem den Aspekt der Steuerungsfunktion der Staatskanzlei im Auge behalten und an die Diskussion um die GfW und die Aussage der Staatskanzlei erinnern, dass dort inzwischen Controllinginstrumente installiert worden seien, die helfen würden, Fehler zu vermeiden.

Was jetzt für die GfW richtig ist, kann für die anderen landeseigenen Gesellschaften nicht falsch sein. Deswegen meinen wir, die Staatskanzlei muss, ohne in die Zuständigkeit des jeweiligen Ressorts einzugreifen, auf die Nutzung von Controllinginstrumenten hinwirken und sicherstellen, dass die auch eingesetzt werden.

Die weiteren Kritikpunkte will ich hier nicht wiederholen; ich habe sie im Hauptausschuss vorgebracht. Sie bleiben bestehen.

Meine Damen und Herren, die FDP-Fraktion lehnt den Haushalt des Ministerpräsidenten ab. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der FDP)

**Vizepräsidentin Edith Müller:** Vielen Dank, Frau Thomann-Stahl. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt Frau Löhrmann das Wort.

**Sylvia Löhrmann (GRÜNE):** Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Insgesamt hat sich die Beratung des Einzelplans 02, was den Teilbereich des Ministerpräsidenten angeht, aus meiner Sicht relativ unangenehm gestaltet. In anderen Ausschüssen habe ich das anders erlebt.

Ich will auf einige der angesprochenen Punkte kurz eingehen.

Erster Punkt: Projekt Ruhr GmbH. Wir als Grüne begrüßen, dass die Entscheidung, das zurückzuführen, gefallen ist,

(Zustimmung bei einzelnen Abgeordneten der GRÜNEN)

weil auch wir zum Teil Kritik daran hatten, was die Projekt Ruhr GmbH gemacht hat. Gleichwohl kann man Dinge nicht immer von heute auf morgen tun - auch das hat etwas mit Rechtstaatlichkeit zu tun -, weil es Verträge gibt und Verträge eingehalten werden müssen. Deshalb muss es eine ordnungsgemäße Abwicklung geben.

In dem Zusammenhang möchte auch ich darauf hinweisen, dass die Projekt Ruhr GmbH im Ruhrgebiet bestimmte Formen des Zusammenhaltes gestärkt hat, die sich jetzt positiv auswirken, was die Beratung eines Gesetzes für das Ruhrgebiet angeht. Diese Entwicklung begrüßen wir als Grüne ausdrücklich, weil wir ein starkes Ruhrgebiet in Nordrhein-Westfalen haben wollen.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der GRÜNEN)

Zum Teil hat die Projekt Ruhr GmbH auch Dinge angestoßen, die wahrscheinlich im normalen Landeshaushaltsgeschehen nicht zustande gekommen wären. Ich erinnere an die umfassenden Studien etwa zur Bildungsbeteiligung in der Region Ruhrgebiet, etwa was die Frage von Fördermöglichkeiten für Migrantenkinder angeht. Da sind viele Schritte eingestiegt worden, die wir jetzt aus Projektmaßnahmen in geregeltes Landesregierungshandeln übersetzen. Deshalb sollte man bei der Kritik etwas differenzierter vorgehen.

Zur Kultur Ruhr GmbH hat es in verschiedenen Ausschüssen ausführliche Diskussionen gegeben und die Verknüpfung, Frau Thomann-Stahl, die Sie zwischen den Vergabeverfahren und den Defiziten, die an anderer Stelle entstanden sind, herstellen, sind aus Sicht unserer Fraktion zumindest

nicht sachgemäß und entsprechen auch nicht dem Stand, der im Ausschuss aufgrund der vielen Fragen entwickelt worden ist.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Zweiter Punkt: Weltjugendtag. Ich bin da zuversichtlich, Herr Jostmeier. Es ist schwierig, wenn so ein Anliegen ganz zum Schluss kommt, weil man dann die Zielabwägung nicht machen muss, wofür man denn Geld ausgibt. Da müssen wir schon sehr zurückhaltend sein. Sie gucken ja bei anderen Punkten auch sehr genau, wofür das Geld bestimmt ist. Ich bin aber zuversichtlich, dass wir interfraktionell mit einer entsprechenden Deckung eine Lösung finden, die dem Anliegen Rechnung trägt, die wir aber auch vor anderen Trägern verantworten können, die sagen: Moment mal, wir haben hier auch Kürzungen hinzunehmen, und auf einmal kommt jemand so spät, und bei dem ist es dann ganz leicht. Ich finde, hier müssen wir sorgfältig abwägen, damit es im Lichte des gesamten Landeshaushaltes stimmig und darstellbar ist. Aber, wie gesagt, ich bin zuversichtlich, dass wir das hinbekommen.

Letzter Punkt: Öffentlichkeitsarbeit. Im Vergleich - andere haben es schon gesagt - zu anderen Landesregierungen denken wir, dass die Öffentlichkeitsarbeit auch des Ministerpräsidenten im Rahmen bleibt. Die Staatskanzlei erbringt auch einen Sparbeitrag zum Haushalt. Das ist richtig so. Da gibt es keine Ausnahmen. Aber im Vergleich mit anderen Staatskanzleien und der Öffentlichkeitsarbeit anderer Landesregierungen ist das darstellbar und in jedem Fall im Rahmen.

Allerletzte Anmerkung: Reformbeauftragte; Frau Danner hat es angesprochen. Ich finde, es kommt darauf an, dass die Mittel, die wir jetzt einsetzen, was die Reform des öffentlichen Dienstes betrifft, nicht nur positive Kräfte innerhalb der Verwaltung entfalten, sondern dass wir aus Nordrhein-Westfalen tatsächlich Signale setzen und auch etwas umsetzen, z. B. die Abschaffung des Beamtentums.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dabei muss richtig etwas über Nordrhein-Westfalen hinaus herkommen.

Unterm Strich: Meine Fraktion stimmt dem Haushalt zu. Wir denken, dass er im Rahmen des Ganzen eine gute Grundlage für die weitere Arbeit der nächsten zwei Jahre ist. - Schönen Dank.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

**Vizepräsidentin Edith Müller:** Vielen Dank, Frau Löhrmann. - Für die Landesregierung hat jetzt Minister Kuschke das Wort.

**Wolfram Kuschke,** Minister im Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich danke Ihnen sehr für die doch überwiegend sachliche Beratung und für die Hinweise, die gegeben worden sind. Von daher nur einige wenige Anmerkungen.

Ich bin der Frau Abgeordneten Danner sehr dankbar dafür, dass sie den Themenbereich Reform des öffentlichen Dienstes aufgegriffen hat. Ich erinnere mich noch sehr genau, wie breit die Zustimmung war, als der Bericht der so genannten Bull-Kommission vorgelegt worden ist, wie breit auch die Forderung gerade der Oppositionsfraktionen war, da müsse die Landesregierung jetzt ran und daraus etwas machen. Wir sind nun in der Tat auf diesem Weg.

Wir sollten eines vor Augen haben: Wir haben es mit drei Bereichen zu tun, mit denen sich die Gruppe, die bei uns eingerichtet worden ist, an der Spitze Herr Riotte, beschäftigt. Das ist nicht nur die Auseinandersetzung, die man in Berlin oder bei der letzten Tagung des Beamtenbundes mitbekommt. Das sind dann die ganz großen Zukunftsfragen. Aber es geht auch um das, was wir im Bereich der Landesverwaltung aus eigenem Vermögen der Landesregierung angehen können, wo wir die Modernisierungsdiskussion und die Modernisierungslinien fortsetzen.

Es geht zweitens - das werden wir dem hohen Hause vorlegen - natürlich auch um Dinge, die im Rahmen der landesgesetzlichen Kompetenzen geregelt werden müssen. Ich bin auch sehr dankbar für die Bestätigung - Frau Abgeordnete Löhrmann und Frau Abgeordnete Danner haben das angesprochen -, dass die Aufgabe der Projekt Ruhr GmbH mehr gewesen ist, Herr Abgeordneter Jostmeier, als ein zweites Ziel-2-Sekretariat.

Die Projekt Ruhr GmbH hat nämlich Akteure zusammengeführt. Sie hat für regionalen Konsens gesorgt. Sie hat dafür gesorgt, dass wir eine Reihe von Public-Private-Partnership-Projekten auf den Weg gebracht haben. Sie hat Akquise betrieben. Sie hat eigene Projekte angestoßen.

Das sind alles Aufgaben, die das Ziel-2-Sekretariat, Herr Abgeordneter, eben nicht wahrnimmt und auch nicht wahrnehmen soll. Dort kann also überhaupt nicht von Doppelstrukturen gesprochen werden.

Ich bin dankbar für die Hinweise, die eindeutig auch noch einmal darauf aufmerksam gemacht

haben: Das ist eine zeitlich befristete Aufgabe. Wir haben, wenn das Parlament in der nächsten Woche dem Gesetzentwurf zum Regionalverband Ruhr zustimmt, dann auch die Situation, Herr Abgeordneter Jostmeier, sagen zu können: Wir haben die Überführung der Projekt Ruhr GmbH in einen anderen Aufgabenträger, nämlich in den neuen Regionalverband. Wir werden dann sagen können: Wir blicken zurück auf eine erfolgreiche Arbeit der Projekt Ruhr GmbH.

Im Übrigen: Wer jetzt Kritik an der Projekt Ruhr GmbH übt, der muss sich auch daran erinnern, Herr Abgeordneter, dass es einmal einen anderen Vorschlag gab, der Agentur Ruhr hieß. Es gab ebenfalls den anderen Vorschlag: Modernisierung des Kommunalverbands Ruhr. Wer diesen beiden Vorschlägen nicht zugestimmt hat, waren Ihre Kolleginnen und Kollegen aus den kommunalen Fraktionen.

Meine Damen und Herren, NRW-Kampagne: Herr Abgeordneter Jostmeier, wenn man auf der einen Seite beim Weltjugendtag sagt, das Geld solle zur Verfügung gestellt werden, und auf der anderen Seite bei der NRW-Kampagne dann sagt, es solle den Ersatzschulen gegeben werden, frage ich Sie: Ist das eigentlich eine stringente Argumentation? Widerspricht sich das nicht?

Um es gleich vorweg zu sagen: Ich wäre sehr daran interessiert, unterstütze und begleite das auch, dass wir für den Weltjugendtag - das ist angesprochen worden - eine einvernehmliche Lösung erreichen. Die Gespräche, die am Rande geführt worden sind und die ich heute auch noch einmal mit Köln geführt habe, lassen erwarten, dass wir dort eine vernünftige Lösung hinbekommen.

Wir alle sind Manns und Fraus genug, um auch differenzieren zu können und auch bei einer angespannten Haushaltslage sagen zu können: Ja, es ist richtig, dass dieser Weltjugendtag stattfindet. Das ist ein herausragendes Ereignis. Wir sind stolz darauf, dass diese Vielzahl der Besucherinnen und Besucher nach Köln und in das Land Nordrhein-Westfalen kommt. Wir werden das begleiten und unterstützen.

Das Stichwort Ehrenamt ist angesprochen worden. Ich will es mit dem Stichwort NRW-Kampagne verbinden. Der Ministerpräsident hat eindeutig klar gemacht: Es wird eine solche Kampagne auch unter Inanspruchnahme des Landeshaushalts - also des Füllens des Strichansatzes mit vorhandenem Geld und nicht etwa mit zusätzlichem Geld - nur dann geben, wenn die Kräfte im Land Nordrhein-Westfalen das auch wollen. Das

heißt, wir werden im Monat Februar eine Reihe von Gesprächen des Ministerpräsidenten, Herr Abgeordneter Hegemann, gerade mit dem Unternehmensbereich und mit anderen Akteuren haben und dann testen, ob sie bereit und in der Lage sind, eine solche Kampagne zu finanzieren - ähnlich wie es in Baden-Württemberg gewesen ist.

Herr Abgeordneter Jostmeier, Ihre Ablehnung einer solchen Kampagne und Ihr sofortiges Abdriften in den Begriff „Wahlkampf“ zeigen doch nur, dass Sie nicht über das ausreichende Landesbewusstsein verfügen.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CDU)

Das ist der entscheidende Punkt. Sie legen das klassische Bewusstsein einer Oppositionsfraktion an den Tag. Meine Damen und Herren, ich habe auch nichts dagegen, wenn es weiter so bleibt.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN - Zurufe von der CDU)

- Warten Sie mal ab. Die Menschen in diesem Land haben einen Anspruch darauf, dass wir sie auch nach außen so darstellen, wie es sich gehört. Wir sind ein selbstbewusstes Land. Wir brauchen uns nicht zu verstecken.

(Beifall bei der SPD)

Das erwarten die Bürgerinnen und Bürger auch von uns.

Ich komme zu der Frage, die Frau Abgeordnete Thomann-Stahl angesprochen hat. Ja, einverstanden. Wenn wir vom Landesrechnungshof Hinweise bekommen, müssen wir die entsprechenden Missstände beheben. Wir müssen uns um ein besseres und effektiveres Controlling bemühen.

Ich will das an einem Beispiel deutlich machen. Wir werden Ihnen jetzt den letzten Landesbeteiligungsbericht zukommen lassen, der bisher immer erst im Nachhinein erstellt worden ist. Wir werden Ihnen auch Vorschläge unterbreiten, wie wir diesen Beteiligungsbericht so ändern, dass wir eine andere Grundlage haben, um auch zu schauen, was dort eigentlich passiert.

**Vizepräsidentin Edith Müller:** Herr Kuschke, Ihre Redezeit ist beendet.

**Wolfram Kuschke,** Minister im Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten: Frau Präsidentin, ich komme zum Schluss. - Abschließend mache ich auch da noch einmal eine offene und ehrliche Anmerkung. Im Nachhinein ist man natürlich immer klüger. Aber ich würde aufgrund der Erfah-

rungen, die wir gemacht haben, schon sagen: Wenn wir wollen, dass eine Aufgabe durch das Land wahrgenommen wird, dann lassen Sie uns diese Aufgabe auch durch die Einrichtungen, Organisationen und Strukturen des Landes abwickeln und abarbeiten. Wenn wir wollen, dass sie anderweitig wahrgenommen wird, dann außerhalb der Landesverwaltung und der Landesorganisationen. Das ist sicherlich eine Erfahrung, bei der wir gelernt haben.

Für die Projekt Ruhr GmbH gilt: Sie hat eine erfolgreiche Arbeit gemacht. Wir machen auch im Entwurf des Landeshaushalts mit dem Einzelplan 02 deutlich, dass wir auch bei knappen Ressourcen die richtigen Schwerpunkte benennen. - Herzlichen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Edith Müller:** Vielen Dank, Herr Minister.

Meine Damen und Herren, auch hier gebe ich den Hinweis, dass die Abstimmung über den Einzelplan 02 erst nach der Beratung über den Bereich 12 - Europa und Eine Welt - erfolgen wird.

Ich rufe **Bereich 10** auf:

#### **Medien**

Damit ist ebenfalls der Einzelplan 02 - Ministerpräsident - angesprochen.

Ich verweise auf die Beschlussempfehlung Drucksache 13/4802.

Für die Fraktion der CDU erteile ich Herrn Hegemann das Wort.

**Lothar Hegemann (CDU):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir werden "the same procedure as last year" erleben. Gleich wird der Chef der Staatskanzlei zu einem Thema sprechen, für das er nur eine begrenzte Zuständigkeit - ich will nicht sagen: Sachkenntnis - hat. Der Ansprechpartner der Landesregierung für uns als Parlamentarier ist Frau Meckel, die ja leider kein Rederecht hat. Also wird der Chef der Staatskanzlei das Lob für die Landesregierung fortsetzen, das Herr Eumann, unterstützt von Herrn Keymis, hier gleich vortragen wird.

Ich kann nur sagen: Medienpolitik ist neuerdings - seit einigen Jahren - in Nordrhein-Westfalen in schlechten Händen, wobei nicht alles kontrovers ist, wobei nicht alles falsch ist.

Das Gute vorweg: Das Grimme-Institut hat von Landesregierung und Koalition in der letzten Aus-

schusssitzung eine Bestandsgarantie bekommen. Das ist wohlthuend und gut.

Aber ich frage: Warum legen Sie so vielen Institutionen die Garotte an? Warum drücken Sie ihnen bei Haushaltsberatungen die Luft weg? Und dann entspannen Sie die Schraube wieder etwas und sagen: Wir sind die großen Retter. Oder Sie schieben ihnen ein Zuckerbonbon rein - wahrscheinlich, damit sie Karies bekommen, aber nicht, damit es ihnen gut geht. Es kann doch nicht sein, dass Sie sich in vielen Bereichen, z. B. im Sport - wo auch immer -, als Retter feiern lassen und mit der Teilnahme an Unterschriftenaktionen deutlich machen, dass Sie gegen Sozialkürzungen im Landtag sind. Es kann doch nicht sein, dass SPD-Landtagsabgeordnete zu Hause so etwas machen.

Ich bin froh, dass beim Grimme-Institut ein Umkehrprozess eingesetzt hat; denn dies ist ein Vorzeigeobjekt des Landes Nordrhein-Westfalen. Es gab ein weiteres Vorzeigeobjekt. Der Ministerpräsident Clement hat erklärt, dass in Nordrhein-Westfalen alles, was mit Medien zu tun hat, gebündelt wird. Alle Funktionen werden zusammengefasst. Alle Ministerien haben zugunsten der neuen Medien GmbH Kompetenzen abzugeben. Das fiel mit der Ernennung der Staatssekretärin zusammen, die dann allerdings im Ausschuss von ihrem Rederecht ein Jahr lang keinen Gebrauch gemacht hat, sondern sich von Herrn Adamowitsch vertreten ließ.

Diese Medien GmbH ist also gekommen. Die Geschichte ist kurz. Eintrag ins Handelsregister: 11.07.2001. Gesellschaftszweck: Förderung der Entwicklung der TIMES-Märkte, der Telekommunikation, der Informationstechnologie, der Medien, des Entertainment, der IT-Sicherheit sowie der Medienqualifikation in Nordrhein-Westfalen. Geschäftsführer - man hielt die Luft an -: Helmut G. Bauer. 23.10.2003: Die Gesellschaft ist aufgelöst. Helmut G. Bauer ist nicht mehr Geschäftsführer. Als Liquidator ist Thorsten Prigge bestellt.

Frau Ministerin, das ist die große Medienpolitik des Landes innerhalb zweier Jahre. Sie haben diesen Bereich vor die Wand gefahren. Ich weiß nicht, wie es weitergehen soll. Im Haushalt standen enorme Summen für die Medien GmbH, die es in der Form nicht mehr gibt. Wie die Medienförderung weiter geschehen soll, ob in der Staatskanzlei oder in den Ministerien, ist völlig unklar. Unverständlich ist für mich, dass es von den Koalitionsfraktionen zwei Nullansätze gegeben hat. Einer war mit dem bescheidenen Hinweis versehen, das könnte der Förderung von DVB-T in Nordrhein-Westfalen dienen.

Wenn eine Zukunftstechnologie ohne Politik, ohne Landesregierung, ohne SPD und Grüne läuft, ist es DVB-T. Dafür gibt es bei den öffentlich-rechtlichen Anstalten Gebühren, die nicht niedrig, allerdings auch nicht überzogen sind. Das sage ich an der Stelle auch.

Der WDR wird diese Technologie in diesem Jahr in Köln auf den Weg bringen, im nächsten Jahr im Ruhrgebiet. Dass Steuergelder verwandt werden, um diese Technologie jetzt noch zu fördern, ist mir unbegreiflich. Das ist eine Sache, die auch so läuft.

Wenn sich überhaupt jemand darum kümmern müsste, dann die Landesanstalt für Medien. Schließlich wird die aus einem Teil der Rundfunkgebühren finanziert. Das muss ja nicht so sein; das ist eine Einrichtung zur Koordinierung privater Aktivitäten. Sie wird aber aus Einnahmen der öffentlich-rechtlichen Anstalten finanziert. Wenn sich also überhaupt jemand darum kümmern müsste, dann die LfM.

Wir haben in letzter Zeit erfahren, welche Potenziale, welche Kreativität und welches Engagement sich in der Filmindustrie in Nordrhein-Westfalen etabliert haben. Diese Pflanze sollte gehegt werden. In dem Bereich sollte etwas getan werden.

Was lese ich heute, allerdings erst sehr spät, im Einzelplan 06 - dort ist es, glaube ich, beinhaltet? Sie kürzen die Zuschüsse für die Journalistenschule in Köln wiederum um 50 %. Das ist eine verlegerunabhängige Einrichtung, die es sonst nur noch in München gibt, eine Einrichtung, auf die wir in Nordrhein-Westfalen stolz sein können. Das ist ein Kick. Wahrscheinlich gibt es einmal den letzten Kick. Denn irgendwo hört es auf: Wenn Sie permanent kürzen, ist irgendwann der Exitus da.

Was ist aus der Medienpolitik geworden, mit der Sie dieses Land verändern wollten? Relativ wenig.

Meine Damen und Herren, Sie werden angesichts dieser nur kurz angerissenen Punkte von uns nicht erwarten können, dass wir dem Einzelplan zustimmen werden. - Danke.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsidentin Edith Müller:** Vielen Dank, Herr Hegemann. - Für die Fraktion der SPD hat jetzt Herr Eumann das Wort.

(Zuruf von der CDU: Eumann widerruft jetzt den Antrag gegen die Journalistenschule Köln!)

**Marc Jan Eumann (SPD):** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir haben vier medienpolitische Schwerpunkte. Der erste Punkt ist, das Film- und Medienland Nordrhein-Westfalen zu stärken. Der zweite Punkt ist, die Aus-, Fort- und Weiterbildung zu entwickeln, anzupassen, zu sichern und zu vernetzen. - Ich sage gleich noch etwas zur Kölner Journalistenschule. - Der dritte Punkt ist, das Thema Medienkompetenz als große landespolitische Herausforderung anzunehmen. Der vierte Punkt ist, die Digitalisierung aller Verbreitungswege voranzubringen.

Hierbei liegt uns DVB-T besonders am Herzen, nicht deswegen, weil uns die anderen Verbreitungswege weniger wichtig sind, sondern weil es in unsere Zuständigkeit fällt. Das gilt weder für das Kabel noch für den Satelliten, aber es gilt für die digitale terrestrische Verbreitung.

In Abstimmung mit den Koalitionsfraktionen hat die Landesregierung einen Haushaltsentwurf vorgelegt, der die Umsetzung dieser medienpolitischen Schwerpunkte trotz schwieriger Rahmenbedingungen sichert; denn auch das Medienkapitel leistet einen Beitrag zur Konsolidierung: 2004 5 Millionen € weniger als im Vorjahr, 2005 sogar 6 Millionen € weniger.

Umso erfreulicher, klarer und eindeutiger ist das, was wir bei der Film- und Fernsehförderung gemacht haben. Wir haben ein klares Signal an die Filmstiftung in Nordrhein-Westfalen gegeben: Wir sind mit diesem Haushalt das verlässlichste Land in der Republik, wenn es um eine nachhaltige Film-, Fernseh- und Kinoförderung geht. Das ist ein großer Erfolg vor allem der Akteure in der Filmstiftung, die unser Land in der Republik, aber auch darüber hinaus sehr kompetent und engagiert repräsentieren. Das gilt für den Geschäftsführer Michael Schmidt-Ospach in ganz besonderer Weise. Es ist also ein klares Signal, dass wir Film und Fernsehen weiter fördern.

Das Signal im Hinblick auf die Aus-, Fort- und Weiterbildung ist genauso klar. Die Mittel für die Internationale Filmschule, die eine große Vernetzungsstruktur auf diesem Feld aufgebaut hat, werden ebenfalls überrollt. Es ist, wie ich finde, eine wunderbare Nachricht, dass an der IFS in Kooperation mit der FH Köln jetzt auch qualifizierte akademische Abschlüsse möglich sind, genau wie es die Akteure des Medienlandes brauchen und immer von uns gefordert haben.

Ein weiteres klares Signal auch nach Marl. Ich bin den Oppositionsfraktionen, die - zumindest die CDU - im Ausschuss keine Anträge gestellt ha-



ben, dankbar, dass sie unserem Erhöhungsantrag und auch der Verlagerung in das Kapitel 02 zugestimmt haben. Dies ist auch ein Hinweis darauf, dass wir dabei sind, die Strukturen und die Ressourcen zu bündeln. Dank auch an meinen Kollegen Degen.

Ich will kurz auf das Thema Medienkompetenz eingehen. Wir hatten Ende letzten Jahres die Gelegenheit, einen Einblick in die Vielfalt der Medienkompetenzlandschaft in Nordrhein-Westfalen zu gewinnen: hier im Plenarsaal bei einer wichtigen Diskussion und vor allem in der Wandelhalle.

Wir alle hatten die Gelegenheit zu sehen, wie vielfältig die Initiativen, die Beispiele sind. Der Tag der Medienkompetenz hat eindrucksvoll unterstrichen, was das Land Nordrhein-Westfalen - denn überall steht auch öffentliches Geld dahinter - auf diesem Feld leistet. Ich sage Ihnen: Wir werden immer mehr den Wandel erleben von der Landesmedienpolitik hin zur Landesmedienkompetenzpolitik. Das wird unsere zentrale medienpolitische Herausforderung in der Zukunft sein.

Zum Thema "Kölner Journalistenschule": Sie haben es heute erfahren. Wir - vor allem meine Kollegin Anke Brunn - sind seit längerem mit der Schule und der Landesregierung im Gespräch. Wir hoffen, über Projekte einen Beitrag zu leisten. Aber auch das gehört in das Kapitel Vernetzung des Qualifizierungsbereiches. Es ist an vielen Orten vieles entstanden. Jetzt ist es unsere Aufgabe zu schauen: Wo können wir eigentlich die Spitzen sortieren, wer hat welche Schwerpunkte in diesem Land? Wir sind gemeinsam mit der Landesregierung dabei, genau über solche Fragen zu diskutieren. Ich glaube, das ist richtig.

Ich habe gesagt, die zentrale Herausforderung der nächsten zwei Jahre wird sein, dass wir im Bereich Medienthemen die Ressourcen bündeln. Ich habe deutlich gemacht, dass wir vielfältige hervorragende Beispiele haben. Ich will aktuell noch einmal das Thema Gesundheit nennen. Was in dem Ministerium von Frau Fischer passiert, hat uns alle in den Haushaltsplanberatungen sehr beeindruckt. Was im Wissenschaftsbereich gemacht wird, ist hervorragend. Ich will auch das Thema "Online" erwähnen. Da hat sich die Landesregierung wenige Wochen nach In-Kraft-Treten der entsprechenden Gesetze gleich die ersten Preise durch ein barrierefreies Onlineangebot in vielen Ministerien geholt. Das sind alles wichtige Facetten.

Eine andere wichtige Facette ist das Thema E-Government. Auch da sind wir gemeinsam mit den Oppositionsfractionen dabei, Ressourcen zu

bündeln. Ich glaube, wir sind da insgesamt auf einem guten Weg.

Ich kann Ihnen versichern, Medienpolitik ist und bleibt Chef- und Cheffinnensache in Nordrhein-Westfalen. Dieser Haushalt macht klar, dass es weiter ein entscheidendes Thema für das Innovationsland Nordrhein-Westfalen ist. Da gehört es hin. Es ist ein Innovationsthema für NRW. Medienpolitik bleibt weiterhin spannend. Dazu tragen Sie mit unterschiedlichem Gewicht bei. Mir bleibt zu sagen: NRW-Medienpolitik gut, SPD-Fraktion gut, Landesregierung auch gut!

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsidentin Edith Müller:** Vielen Dank, Herr Eumann. - Für die Fraktion der FDP hat Herr Dr. Grüll das Wort.

**Dr. Stefan Grüll (FDP):** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte zu Beginn einen Punkt der Übereinstimmung mit den Koalitionsfraktionen erwähnen - an der Stelle wird es dann allerdings auch sehr kurz und überschaubar, weil es nur ein Punkt ist -, das Grimme Institut. Wir stimmen Ihrem Ansatz zu und tragen das uneingeschränkt mit. Die Kürzungspläne der Staatskanzlei mussten korrigiert werden. Wir sind außerordentlich dankbar, dass das parlamentarisch gelungen ist,

(Marc Jan Eumann [SPD]: Das war die Staatskanzlei; Sie müssen gucken!)

und wir sind stolz darauf, dass wir Ihnen auf diesem Weg geholfen haben.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Das war mein Kollege Degen!)

Es war notwendig, das Adolf Grimme Institut finanziell abzusichern, weil es zu den Kernelementen dessen gehört, was das Medienland Nordrhein-Westfalen trotz aller Probleme unverändert ausmacht.

**(Vorsitz: Präsident Ulrich Schmidt)**

Wir als FDP-Fraktion wollen die Potenziale, die in diesem Lande vorhanden sind, nutzen, um zu einer Medienpolitik zurückzufinden, die wieder Akzente setzt, die über das Land Nordrhein-Westfalen hinaus beachtet werden und die Medienpolitik in Deutschland insgesamt beeinflussen.

Die Zeiten sind leider lange vorbei. Wir bedauern das. Aber wenn man sich darauf besinnt, die

Kompetenz zu nutzen, die beispielsweise im Grimme Institut, im Europäischen Medieninstitut, in der Filmstiftung, in der Landesmedienanstalt - ich könnte die Liste noch deutlich verlängern - vorhanden ist, könnten wir die Defizite, die leider in der Staatskanzlei vorhanden sind, mehr als nur kompensieren. Es gehört Kraft und Souveränität dazu, diesen Weg zu gehen und nicht, wie es sich im Haushalt ausdrückt, etwas fortzusetzen, was gescheitert ist.

Das Stichwort hierzu liegt auf der Hand: die NRW Medien GmbH. Es ist nicht nachvollziehbar, dass dort noch Millionen zur Verfügung gestellt werden, die an anderer Stelle fehlen. Die Frage ist, wie viel Geld geht da verloren, was an anderer Stelle - Stichwort: Journalistenschule Köln - dringend gebraucht würde.

Ich betone das, weil auch mich die Mail der Kölner Journalistenschule heute erreicht hat. Ich würde es begrüßen, wenn es bis zur dritten Lesung noch eine Gelegenheit gäbe, die geplante Kürzung zu korrigieren. Vielleicht - Herr Kollege Eumann, Sie haben es auch genannt - gibt es neben der eingangs erwähnten Übereinstimmung bei Grimme eine weitere Übereinstimmung, was die Schule in Köln angeht. Die unabhängige Schule ist eine bemerkenswerte Einrichtung, die diesem Land außerordentlich gut zu Gesicht steht. Das Parlament sollte dieser Erkenntnis die notwendigen Taten im Haushalt folgen lassen!

Dringend notwendig ist, dass sich die Staatskanzlei damit befassen wird. Leider ist im Haushalt dazu nichts zu erkennen, wie zukünftig die Ansiedlungspolitik in diesem Land gestaltet und wann ein überzeugendes Standortmarketing für das Medienland Nordrhein-Westfalen entwickelt wird. Ich hätte mir gewünscht, dazu das eine oder andere zu erfahren. Die Fraktion der Freien Demokraten und ich, wir machen uns Sorgen, dass das, was über Jahre aufgebaut worden ist - wir wollen nicht verhehlen, dass es nennenswerte Erfolge gegeben hat -, nach und nach abbröckelt und dem für den Strukturwandel unverändert wichtigen Bereich der Medienpolitik nicht die Bedeutung beigemessen wird, die ihm natürlich im Zusammenhang mit der Medienwirtschaft zuteil werden müsste.

Wie schon im Ausschuss biete ich unverändert die Zusammenarbeit bei der weiteren Entwicklung dieses medienpolitischen Profils an. Der Haushalt lässt nicht erkennen, dass Sie dieses Angebot annehmen wollen - bisher jedenfalls nicht. Insofern lehnen wir diesen Haushalt ab. - Herzlichen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der FDP)

**Präsident Ulrich Schmidt:** Schönen Dank, Kollege Grüll. - Für Bündnis 90/Die Grünen hat Herr Kollege Keymis das Wort.

**Oliver Keymis (GRÜNE):** Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Präsident! Es ist schade, dass Sie nicht mehr zu bieten hatten. Das, was Sie, Herr Grüll, Herr Hegemann, bisher zur Medienpolitik vorgetragen haben, könnte einem zu dem im Moment quotenträchtigen Ausruf verleiten "Holt mich hier raus!".

(Lothar Hegemann [CDU]: Die Gefahr besteht bei Ihnen nicht!)

- Die besteht bei uns nicht, völlig richtig. Die besteht auch bei Ihnen wahrscheinlich nicht. Aber, es war nicht besonders erhellend. Und das macht die Sache dann doch ausgesprochen fragwürdig.

Wir Grünen haben uns in der Koalitionsvereinbarung mit dem Partner auf Medienpolitik als einen wesentlichen Punkt verständigt. Wir haben in den letzten Jahren - das ist ein Ablauf, der nicht in unserer Hand liegt - erleben müssen, dass die Entwicklung der Medienwirtschaft großen Schwankungen ausgesetzt ist. Insofern hat auch der Haushalt auf diese Schwankungen, die er selbst übrigens, konjunkturell bedingt, auch ertragen muss, zu reagieren gehabt.

Wir haben von 2001 bis 2004 insgesamt in dem Etat, über den wir hier sprechen, die Ausgaben von 41 auf 28 Millionen € senken müssen. Das ist angesichts der Verhältnisse, die wir in Nordrhein-Westfalen haben, ein relativ großer Sprung nach unten. Das kann man bedauern. Aber es ist Teil einer haushalterischen Entwicklung, der auch dieser Teil des Haushalts Rechnung tragen muss.

Insofern finde ich es bemerkenswert, was trotz dieser Entwicklung an Initiativen, an politischen Entscheidungen weiter vorangetrieben wurde und was wir in den letzten drei bzw. vier Jahren im Rückblick immerhin noch unter den gegebenen Bedingungen haben leisten können, was wir politisch haben motivieren und anstoßen können. Kollege Eumann hat auf einiges schon hingewiesen.

Ich glaube, es macht wenig Sinn, dies jetzt in Bausch und Bogen - Herr Hegemann, Sie haben es so angedeutet - zu verunglimpfen. Es macht viel Sinn zu differenzieren, was wir aber hier angesichts der Kürze unserer Redezeit nicht tun können.

Wir Grünen haben die Haushaltsberatungen als sehr konstruktiv empfunden. Wir haben klarma-

chen können, dass uns die Förderung der Filmstiftung mit all ihren Auswirkungen ein besonders Anliegen ist. Sie wissen: 35 % der TV-Produktion in Deutschland werden in NRW hergestellt. Wir haben inzwischen als Filmland einen Namen, sowohl was die Location, d. h. die Orte, an denen gedreht wird, betrifft, aber auch, was die Zuverlässigkeit der Fördersituation betrifft.

Wir haben, wenn auch mit einigen Schwankungen, aber immerhin die Integration des Filmbüro NW in die Filmstiftung voranbringen können, etwas, worüber man vielleicht zu Gründungszeiten der Filmstiftung schon einmal hätte diskutieren können. Wir haben darüber auch schon im Ausschuss debattiert, was aber aus unserer Sicht einigermaßen gut läuft, noch besser wird laufen können und besser laufen wird, wenn die Leute ihre Arbeit miteinander leisten. Immerhin werden sehr verschiedene Filmprojekte gefördert. Und das ist gut so.

Wir haben eine, wie ich finde, auch gemeinschaftlich getragene sehr wichtige Initiative vorangetrieben, nämlich DVB-T. Herr Hegemann, Sie haben Recht, wenn die Technik erst einmal läuft, hat das nichts mehr mit den politischen Farben zu tun, unter denen wir hier arbeiten, sondern vor allen Dingen damit, dass es ein gemeinsamer politischer Wille war, dass dieser dann auch technische Umsetzung gefunden hat und dann dieses Angebot, nämlich das so genannte Überall-Fernsehen in den Landesteilen zur Verfügung steht, in denen es zunächst einmal ab diesem Jahr eingestellt wird. Ich denke, wir sind an wichtigen Punkten nicht sehr weit auseinander.

Man hat es Ihren Reden wieder angemerkt: Es ist schade, dass außer dem, dass wir versuchen zu halten, nichts darüber hinaus weist oder ein Stück Vision entwickelt wird. Immerhin versuchen wir, die Vision, die wir ausgemacht haben, zu halten und weiterzuentwickeln.

Ein Beispiel ist die Uraltvision Grimme Institut und Beispiele sind die verschiedenen Institutionen, die sich weiter mit Medienkompetenz befassen wie das ecmc oder das EMI. Wir haben mit spärlichen Mitteln jedenfalls versucht, auch AIM in Köln weiter im Blick zu halten. Insofern versucht dieser Haushalt an verschiedenen Stellen wenigstens das, was an Visionen für dieses Land steht und stand, aufrechtzuerhalten, was unter den gegebenen Umständen - ich glaube, da sind wir uns einig - nicht ganz so leicht ist, wie das in früheren Jahren der Fall war.

Hoffen wir gemeinsam darauf und arbeiten wir daran, dass das wieder besser wird. Dann werden

wir uns auch weiterhin mit Qualitätsförderung, mit Medienkompetenzförderung in diesem Land befassen und hoffentlich nicht nur mit dem, was im Moment an Instinktfernsehen und Voyeurismus die Schlagzeilen und Gazetten beherrscht, sondern auf die wesentlichen Fragen, die für den Medienstandort von Bedeutung sind, gemeinsam zurückkommen. In diesem Sinne wird die Fraktion der Grünen natürlich, wie auch nicht anders zu erwarten, diesem Teil des Haushalts gerne zustimmen.

Wir sind der festen Überzeugung, dass wir mit Blick auf die Medienpolitik in diesem Land noch eine Reihe wichtiger Schritte gemeinsam werden tun können. Darauf freuen wir uns. Ich hoffe, Sie blicken auch in dem Bereich mit uns gemeinsam in eine sich besser entwickelnde Zukunft. - Danke.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

**Präsident Ulrich Schmidt:** Vielen Dank, Herr Keymis. - Das Wort hat Herr Minister Kuschke. Bitte.

**Wolfram Kuschke,** Minister im Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Herr Abgeordnete Hegemann hat die Frage gestellt: Was ist aus der Medienpolitik geworden? Darauf kann man vier knappe Antworten geben.

Erstens. Nordrhein-Westfalen ist der Champion der Deutschen Film- und Fernsehproduktionsstandorte, 35 % aller deutschen TV-Produktionen erfolgen hier und nicht in München.

Zweitens. Ich glaube, mich an eine Umfrage von Ernest & Young zu erinnern, die wir nach der Aktuellen Stunde hier im Oktober hatten, die die eindeutige Führungsposition Kölns im Unterschied zu München, Berlin und Hamburg belegt. Köln ist der einzige Standort, der die Trendwende auch tatsächlich hinbekommen hat.

Bei der Gelegenheit, meine Damen und Herren, bevor ich es vergesse: All das Gute, was in der Stadt Köln passiert, hat nichts mit dem Oberbürgermeister zu tun, sondern mit der Landespolitik, die hier gemacht wird, und dem, was die Koalitionsfraktionen auf den Weg gebracht haben.

(Marc Jan Eumann [SPD]: Das hätte ich nicht schöner formulieren können!)

- Das gilt, Herr Abgeordneter Eumann - ich denke, das bringe ich bei dieser Gelegenheit noch einmal ein - auch für das Vorhaben Cologne Science Center, was an diesem Medienstandort Köln hervorragend geeignet ist.

(Beifall bei der SPD - Hans Peter Lindlar  
[CDU]: Das ist ein Märchen!)

Dritte Teilantwort: Immerhin das Stichwort "Filmstiftung", Abgeordneter Hegemann, haben Sie doch ein bisschen positiv erwähnt. Wer hat denn diese Filmstiftung auf den Weg gebracht? War das ein Vorschlag der CDU? Ich kann mich nicht erinnern, dass das von Ihnen gekommen ist, sondern es war diese Landesregierung, die dieses richtige, zukunftssträchtige Instrument eingeführt hat.

Was müssen wir für diese Filmstiftung angesichts des vierten Punktes, den ich nennen will, eigentlich noch mehr tun, wenn die beiden erfolgreichsten deutschen Filme des letzten Jahres - Sie kennen sie, ich nenne sie noch einmal - "Good Bye, Lenin!" mit über sechs Millionen Besuchern und das "Wunder von Bern" mit aktuell - es werden wahrscheinlich heute schon ein paar mehr sein - 3,4 Millionen Besucherinnen und Besuchern sind?

Das sind die Antworten auf Ihre Frage, Herr Abgeordneter Hegemann.

Herr Abgeordneter Grüll, ich erkenne ja an, dass Sie sich Sorgen machen. Aber Sie machen sich Sorgen an absolut falscher Stelle. Wo gibt es vor diesem Hintergrund "Sorgen um Standortpolitik", und zwar in der Frage der Medienpolitik und bezogen auf das Land Nordrhein-Westfalen?

(Lothar Hegemann [CDU]: Fragen Sie nach!)

- Der Zusammenbruch von Kirch fand nicht in Nordrhein-Westfalen, sondern in einem anderen Bundesland statt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der SPD)

Weil ich aktuelle Gespräche nicht gefährden will, aber einige Medien fast jeden Tag darüber berichten, will ich lediglich vorsichtig andeuten: Wir sind nicht am Ende in Bezug auf Ansiedlungen, sondern Sie können jeden Tag - leider Gottes ist dies manchmal etwas zu dick aufgetragen - Berichte über die Absichten von Unternehmen hören, die aus dem Medienbereich kommen und nach Nordrhein-Westfalen gehen möchten. So ist es, nicht aber umgekehrt.

(Beifall bei der SPD - Lothar Hegemann  
[CDU]: Nennen Sie einmal ein paar dieser Unternehmen!)

Ich denke, der Herr Abgeordnete Eumann hat mit seiner Aussage Recht. NRW ist das verlässlichste Land in Fragen der Medienpolitik. Dem Abgeordneten Keymis ist zuzustimmen, dass wir eine glückliche Hand bei der Auswahl unserer Instru-

mente gehabt haben. Ich bin ihm deshalb dankbar dafür, dass er auch noch einmal angesprochen hat, dass wir hier vor einem Jahr eine Schlacht geschlagen haben, als stünde das Ende der Welt bevor. Dabei ging es um die Frage der Integration von Filmbüro und Filmstiftung. Wer spricht denn heute noch davon? - Es war, meine Damen und Herren, eine richtige Entscheidung, die damals auf den Weg gebracht worden ist. Maßgeblich geschah dies auf Initiative der Koalitionsfraktionen. Dafür sind wir dankbar.

(Beifall bei einzelnen Abgeordneten der SPD)

Nun noch einige Informationen in Bezug auf den Bereich DVB-T, Herr Abgeordneter Hegemann: Das sind 150.000 €, die wir auf- und einbringen, und zwar ausschließlich für das Projektbüro. Bei allem anderen, was da noch zu erwarten und dringend notwendig ist, gehen wir genau wie Sie - da gebe ich Ihnen Recht - davon aus, dass diese Gelder von außen kommen werden, nicht aber durch uns aufgebracht werden müssen, weil dieses Vorhaben erfolgsträchtig ist.

(Lothar Hegemann [CDU]: Wir brauchen das nicht!)

Ich halte es für richtig und ich bin dankbar dafür, dass wir den Bereich der Medienkompetenz aus allen Fraktionen heraus im Auge haben. Die diesbezüglichen Stichworte sind vielfältig. Die ganze Palette in diesem Zusammenhang ist breit. Ein Stichwort ist das E-Government. Ich könnte noch den Komplex E-Learning hinzufügen.

Wenn ich morgen früh leider etwas später in dieses Hohe Haus kommen muss, dann hat das etwas damit zu tun, dass ich zuvor bei einem Kongress des E-Learning-Pressclubs in Hagen bin. Dort ist die Crème de la Crème dieses Bereichs versammelt. Dies erwähne ich vor dem Hintergrund der nordrhein-westfälischen Aktivitäten sowie des nordrhein-westfälischen Modells.

Nun zur NRW Medien GmbH: Ich greife etwas auf, was ich vorhin im Zusammenhang mit der Projekt Ruhr GmbH in ähnlicher Weise gesagt habe. Ja, wir hatten vor Jahren eine Situation, in der wir glaubten und damals richtigerweise davon ausgingen, dass wir bestimmte Instrumente und organisatorische Strukturen bräuchten, um diese Felder nach vorne bringen zu können. Jetzt sind wir in einer Situation, in der wir feststellen, dass wir sie nicht mehr - zumindest so nicht mehr - brauchen. Aber natürlich ist klar, dass man die NRW Medien GmbH nicht mit einem bestimmten Haushaltsjahr einfach auf null stellen kann. Viel-

mehr muss das Ganze vernünftig zu Ende gebracht werden.

Im Übrigen - das ist ebenfalls eine wichtige Information und richtet sich an den Herrn Abgeordneten Grüll: Die Mittel, die wir dort haben, sind gegenseitig deckungsfähig. Wenn wir folglich nicht alle Mittel in dem vorgesehenen Umfang benötigen, und zwar für den Zweck der NRW Medien GmbH in Bezug auf die Abwicklung, so können wir - auf Initiative der Koalitionsfraktionen, aber auch auf Initiative aller hier vertretenen Fraktionen - insgesamt noch einmal überlegen, inwieweit wir das Bereichen der Journalistenschule in Köln oder anderen Einrichtungen, die angesprochen worden sind, zugute lassen kommen können.

Meine Damen und Herren! Herr Präsident! Angesichts dieser Erfolgsbilanz treiben mich zwei andere Themen um: Herr Abgeordneter Hegemann, das sollten Sie sich, wenn Sie auf dem Weg nach Recklinghausen sind, einmal überlegen. Diejenigen, die hier schon investiert haben oder in Nordrhein-Westfalen noch investieren wollen, sollten keine Landtagsprotokolle lesen. Herr Präsident, Sie werden diesen Satz verzeihen. Denn welchen Eindruck bekommen die wohl vom Land Nordrhein-Westfalen, wenn sie Ihre Äußerungen, Herr Hegemann, in diesem Protokoll nachlesen? Was für ein Bild müssen die sich dann von NRW machen?

(Widerspruch bei der CDU)

- Sie liefern dort ein Zerrbild. Das müssen Sie sich jetzt anhören.

(Zuruf von der CDU: Was? Unverschämte! Unverschämtheit!)

- Sie, Herr Kollege Arentz, sind doch sonst eigentlich viel vernünftiger, als das im Augenblick der Fall ist.

**Präsident Ulrich Schmidt:** Herr Minister, Ihre Redezeit ist zu Ende.

**Wolfram Kuschke,** Minister im Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten: Ja, aber man hindert mich daran, meine Rede zu beenden.

(Allgemeine Heiterkeit)

Ich komme zum Schluss: Wir haben es mit einem Land zu tun, das sich in der Medienpolitik nicht zu verstecken hat. Wir haben eine ausgezeichnete Erfolgsbilanz. Wir sind offen für viele andere, die zu uns kommen.

Die zweite abschließende Anmerkung: Wenn das mit dieser Erfolgsbilanz so ist - und das wird uns

von vielen so bestätigt -, Herr Abgeordneter Hegemann, dann ist die Konstruktion, die die Regierung gefunden hat, und zwar insbesondere unter Einbeziehung der Staatssekretärin Frau Meckel, nicht die schlechteste. Vielmehr handelt es sich um eine erfolgreiche Konstruktion.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

**Präsident Ulrich Schmidt:** Vielen Dank, Herr Minister. - Weitere Wortmeldungen stelle ich nicht fest.

Ich verweise an dieser Stelle nur darauf, dass die Abstimmung über den Einzelplan 02 erst nach der Beratung über den Bereich Europa- und Eine-Welt-Politik - also im Rahmen des Bereichs 12 - erfolgt.

Ich rufe **Bereich 11** auf:

#### **Justiz**

Betroffen ist der Einzelplan 04. Dieser betrifft das Justizministerium.

Ich verweise auf die Beschlussempfehlung Drucksache 13/4804.

Ich eröffne die Beratung. Ist der Kollege Biesenbach anwesend? -

(Helmut Stahl [CDU]: Nein!)

- Dann kann ich ihm auch nicht das Wort erteilen. - Der Herr Kollege Sichau von der SPD-Fraktion ist anwesend.

(Zuruf von der SPD: Anwesend! Natürlich ist der da!)

- Ja, das habe ich doch gesagt. - Herr Sichau, Sie haben das Wort.

**Frank Sichau (SPD):** Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ein württembergischer Abgeordneter, der zugleich Dichter gewesen ist, hat einmal ein Gedicht an die Volksvertreter verfasst. Es heißt eigentlich "Nachruf an die Volksvertreter", aber er wollte es ihnen in vorkonstituioneller Zeit hinterherrufen. Dort heißt es in einem Vers: "Das Recht ist ein allgemeines Gut".

Ich füge an dieser Stelle hinzu: Das gilt natürlich auch in Zeiten leerer Kassen. Für die Jahre 2004 und 2005 wird die Justiz 2003 - zugegebenermaßen verspätet - fortgesetzt und abgerundet. Unsere Hoffnung ist - kurz gefasst; natürlich habe auch ich mitgekriegt, was unser Zeitbudget betrifft -, dass Judica eher als 2006 seinen Reparaturlauf beendet hat.



auch Ihre Parteifreunde, wir seien da nicht sauber finanziert, wir hätten nicht rechtzeitig mit dem Bund gesprochen. Wir haben vor Beginn der Baumaßnahme den Bund darauf angeschrieben. Mein Vorgänger hat an die Vorgängerin der jetzigen Bundesjustizministerin alle erforderlichen Anfragen gestellt und Unterlagen geliefert. Wir sind im Gespräch, wir werden zu einer Finanzierung kommen.

Was ich aber nicht akzeptiere, ist, dass Sie überhaupt nicht davon reden, was die Alternative gewesen wäre. Sie wäre nämlich gewesen, entweder die Anwohner des alten Prozessgebäudes Tannenstraße zu gefährden. Die Alternative hätte auch sein können, dass wir jedes Mal, wenn Prozesse sind, ganze Teile der Innenstadt absperren. Eine weitere Variante wäre gewesen, die Angeklagten aus der Haft laufen zu lassen, weil wir den Prozess nicht durchführen könnten. Das sind Risiken für den Rechtsstaat, die man vorher bedenken sollte, bevor man sich bei Finanzierungsfragen so weit aus dem Fenster lehnt.

Um zum Abschluss zu kommen, meine Damen und Herren: Wir werden an den bewährten Strukturen der Justiz festhalten. Wir werden übrigens auch bei der Frage, ob wir einmal leichthin einfach Privatisierungen in großem Umfang vornehmen - ich meine jetzt nicht die Projekte, die wir sehr moderat im Rahmen des Strafvollzugs vortreiben -, etwa bei der Frage von Registern, die wir führen, die bei uns gut laufen, bei der Frage, ob wir bei den Gerichtsvollzieher privatisieren, ob wir die ZPO-Reform leichtfertig aufgeben sollten, Kante halten und eine klare Kante ziehen, damit die Justiz weiß: An dieser Stelle hat sie Verlässlichkeit. Diese wird sie weiter von der Führung des Hauses bekommen. Dafür bietet dieser Haushalt einen guten Rahmen. - Danke sehr.

(Beifall bei der SPD)

**Präsident Ulrich Schmidt:** Vielen Dank, Herr Minister Gerhards. - Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Wir kommen zur **Abstimmung** über den **Einzelplan 04** entsprechend der Beschlussempfehlung Drucksache 13/4804. Wer zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Wer ist dagegen? - Gibt es Stimmenthaltungen? - Das ist nicht der Fall. Damit ist die Beschlussempfehlung mit den Stimmen von SPD und Bündnis 90/Die Grünen gegen die Stimmen von CDU und FDP **angenommen**.

Ich rufe den **Bereich 12** auf:

**Europa und Eine-Welt**

Damit sind die Einzelpläne 02 - Ministerpräsident - und 10 - Ministerium für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz - angesprochen.

Ich verweise auf die Beschlussempfehlungen Drucksachen 13/4802 und 13/4810.

Ich eröffne die Beratung und erteile Frau Kollegin Keller für die CDU-Fraktion das Wort.

**Ilka Keller (CDU):** Herr Präsident! Meine Kolleginnen und Kollegen! Das Jahr 2004 ist für das europäische Haus sehr wichtig. Es ist festzuhalten, dass das Haus ein neues Fundament braucht, weil die große Osterweiterung ansteht. Ich hoffe, dass das Dach durch die europäische Verfassung noch verstärkt werden kann. Es ist aber auch wichtig, dass die Bundesländer ihre Zimmer in diesem Haus in Ordnung bringen.

Wir haben das Gefühl, dass die Landesregierung dieser Herausforderung nicht gerecht wird, weil der Etat für Europa gerade erst wieder sehr stark gekürzt wurde. Das bedauern wir sehr; denn ich denke, dass das einem Land mit über 18 Millionen Einwohnerinnen und Einwohnern nicht angemessen ist.

Herr Minister Kuschke, Sie selbst haben im Ausschuss erwähnt, dass die Schmerzgrenze erreicht sei. Das sehen wir ähnlich. Aus unserer Sicht ist die Schmerzgrenze nämlich eigentlich sogar schon überschritten.

Wir sind das Exportland Nummer 1. Wohin soll das Geld nun fließen? Wir sind sehr erstaunt darüber, dass nach Ihrer Änderung des Ansatzes 400.000 € nach Japan fließen und dieser Etat im Jahre 2005 sogar auf 1,4 Millionen € ausgedehnt werden soll. Wir finden es etwas grotesk, dass - ausgehend von einem Gesamtetat von ca. 3,3 Millionen € - etwa die Hälfte des Geldes in den Pazifik fließt.

**(Vorsitz: Vizepräsident Dr. Helmut Linssen)**

Das ist nicht gerechtfertigt.

Das Gleiche gilt für die Kürzungen im Bereich der Euregios, der innereuropäischen Zusammenarbeit und der europäischen Wissensgesellschaft sowie für die Tatsache, dass man auch die Mittel für sehr bürgernahe Projekte wie den Europäischen Schülerwettbewerb, was einen lapidaren Betrag von 20.000 € ausmacht, zusammenstreicht.

Europa muss auch von unten her weiter erlebbar bleiben. Wir bedauern sehr, dass Sie nicht entsprechend handeln.

Ich sagte es schon: Wir sind Exportland Nummer 1 in Europa. Wir exportieren z. B. nach Frankreich, in die Niederlande, nach Großbritannien und nach Polen. Hier müssen wir unsere Gewichtete ausbauen. Es ist ganz wichtig, dass der Finanzrahmen für die Zeit nach der Erweiterung über das Jahr 2006 hinaus festgeschrieben wird. Auch die Entscheidung darüber, welche Strukturmittel wir über 2006 hinaus vielleicht noch erhalten, steht in den nächsten Tagen an. Dies ist eine ganz wichtige Diskussion. Ich meine, man muss den Europahaushalt als sehr mager bezeichnen.

Lassen Sie mich noch etwas zum Haushalt für die Eine-Welt-Politik sagen. Aus unserer Sicht ist dieser Haushalt besser strukturiert, und zwar nicht, weil die Landesregierung durch ein Damaskus-Erlebnis aufgerüttelt worden ist, sondern weil aufgrund des Sparzwangs die Gießkannenpolitik in der kommunalen Zusammenarbeit gestrafft worden ist. Wir haben schon immer angemahnt, dass hier eine Konzentration notwendig ist und dass man besser zum Ziel kommt, wenn man das Geld gezielter einsetzt.

Da im Bereich des Fundraisings Sponsorengelder nur im Umfang von 0,5 % hereinkommen, muss nach unserer Meinung - das vermischen wir - hinterfragt werden, was mit dem Aufbau der Eine-Welt-Lobby, dem eigentlichen Sponsoring und der Einwerbung der privaten Mittel ist. Wir haben uns für die nächsten Monate vorgenommen, hier ins Detail zu gehen, weil das unseres Erachtens nicht ausreicht. 0,5 % an Sponsorengeldern sind eindeutig zu wenig. Ich denke, hier kann eine Menge geschehen. Dies kann in Zukunft noch erheblich ausgeweitet werden.

Ich komme zum Abschluss: Zum Haushalt für die Eine-Welt-Politik sagen wir Ja, zum anderen Haushalt, zum Europaetat, sagen wir Nein, weil dieser aus unserer Sicht für die nächste Zeit nicht ausreicht.

Herr Minister, ich hoffe, dass Sie für die Zukunft deutlich machen können, dass das Engagement des Landes für Europa nicht weiter eingefroren wird.

**Vizepräsident Dr. Helmut Linssen:** Frau Kollegin!

**Ilka Keller (CDU):** Im Gegenteil: Sie müssen gerade auch im Hinblick auf die anstehende Osterweiterung, durch die enorme Gefahren - z. B. die des Verlusts von Arbeitsplätzen - für uns entstehen, hier deutlich machen, wie Sie diesen Herausforderungen der Zukunft gerecht werden wollen.

**Vizepräsident Dr. Helmut Linssen:** Sie dreht eine Runde nach der anderen.

**Ilka Keller (CDU):** Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CDU)

**Vizepräsident Dr. Helmut Linssen:** Vielen Dank, Frau Kollegin Keller. - Für die SPD-Fraktion erteile ich Frau Sikora das Wort.

**Gabriele Sikora (SPD):** Sehr geehrte Damen und Herren, zu später Stunde stehen nun auch "Europa" und "Internationale Angelegenheiten" als Bereiche auf der Tagesordnung, die ebenfalls einen Konsolidierungsbeitrag erbringen mussten. Gegenüber dem Haushaltsjahr 2003 werden die Gesamtausgaben im Jahr 2004 um 18 % gekürzt, im Jahr 2005 um 5 %.

Das bedeutet natürlich auch eine Konzentration bei der Pflege der Auslandsbeziehungen. In der Vergangenheit wurden Projekte in Rumänien, Ungarn und Russland gefördert. Ungarn gehört zu den Ländern, die wir in diesem Jahr als neue Mitglieder der Union begrüßen können. Das gilt auch für Polen mit unserer Partnerregion Schlesien. Mit Schlesien pflegen wir seit zehn Jahren eine gute partnerschaftliche Zusammenarbeit. Das bilaterale Wirken wurde noch ergänzt durch ein trilaterales Vorgehen zwischen Nord Pas de Calais, Nordrhein-Westfalen und Schlesien. Auch das wird in Zukunft weiter Bestand haben.

Neben der Zusammenarbeit mit Regionen in Mittel-, Ost- und Südosteuropa hat für uns die Benelux-Kooperation eine große Bedeutung. Es gilt, dort in den nächsten beiden Jahren die bisherige vertrauensvolle und gute Zusammenarbeit zu vertiefen, geplante transnationale Netze auszubauen, Benchmarkingprozesse fortzusetzen sowie Hemmnisse in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit abzubauen.

Über die EU-Gemeinschaftsinitiative INTERREG stehen den vier nordrhein-westfälischen Grenzregionen in der Förderperiode 2000 bis 2006 so viele Mittel wie nie zuvor zur Verfügung. Unsere Grenzregionen nutzen diese Mittel umfangreich. In der letzten Ausschusssitzung haben wir erfahren können, dass nach der Hälfte der Förderperiode bereits 58 % der Mittel ausgeschöpft sind.

Der Europaausschuss hat im Kapitel 02 030 eine Ansatzkürzung rückgängig gemacht: Der Zuschuss für den Landesverband der Europa-Union ist wieder auf den Vorjahresansatz gebracht worden, und zwar weil der Landesverband der Europa-Union in der Vergangenheit als eine überpar-



teilich organisierte europäische Bewegung den europäischen Gedanken bei den Bürgerinnen und Bürgern aktiv vertritt und das in Zukunft fortführt. Die Europa-Union ist auch eingebunden in die Vorbereitung der Europaveranstaltung, die die Landesregierung zum Beitritt der zehn neuen EU-Länder für den 1. Mai geplant hat.

Die Informationsarbeit überlassen wir natürlich nicht nur solchen Organisationen. Informationsarbeit ist eine permanente Aufgabe. Entsprechend sind die Ansätze etatisiert. Informationsarbeit ist aber auch Aufgabe von uns allen hier. Die Kampagne zur Erweiterung der EU läuft seit geraumer Zeit mit gutem Erfolg. Die bevorstehende Europawahl wird hoffentlich noch einmal einen kräftigen Schub bringen.

Erlauben Sie mir, an dieser Stelle vor populistischer Polarisierung bei der Europawahl zu warnen. Das birgt die Gefahr einer unerwünschten Radikalisierung in sich, die keine verantwortungsvoll handelnde Partei wollen kann.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, für die NRW-Wirtschaft hat es ganz gezielte Hinweise auf die mittel- und osteuropäischen Märkte gegeben. Die Exportzahlen der NRW-Wirtschaft nach Mittel- und Osteuropa übertreffen mittlerweile die für den Export nach Nordamerika. Der Europäische Binnenmarkt, der jetzt noch größer wird, war für unsere Wirtschaft sowieso ein Erfolg.

Über die Ziel-2-Mittel hat der Westdeutsche Handwerkskammertag eine Europaagentur eingerichtet, die ihre Mitglieder ständig auf EU-Projekte und -Programme aufmerksam macht. Wissenschaft und Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen sind die größten Nutzer des 6. Forschungsrahmenprogramms der Europäischen Union.

Die Leistung des Doppelhaushaltes besteht darin, für die EU-Ziel-2- und Ziel-3-Mittel die Kofinanzierung sicherzustellen.

Im Ministerium für Wirtschaft und Arbeit machen - das haben wir eben bereits hören können - die europapolitischen Ansätze 464 Millionen € für das Jahr 2004 und 360 Millionen € für das Jahr 2005 aus.

Im Ministerium für Umwelt, Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz sind 136,34 Millionen € im Jahr 2004 und 138,67 Millionen € im Jahr 2005 für das Programm "Ländlicher Raum" veranschlagt worden. Nicht enthalten sind die direkten Zuwendungen der EU an landwirtschaftliche Betriebe, die im Jahre 2004 500 Millionen € und 530 Millionen € im Jahr 2005 betragen.

Lassen Sie mich zum Abschluss noch kurz auf das Kapitel zur Eine-Welt-Politik im Einzelplan 10 eingehen.

**Vizepräsident Dr. Helmut Linssen:** Frau Kollegin, Ihre Redezeit ist abgelaufen.

**Gabriele Sikora (SPD):** Es hat weder im Fachausschuss noch im Haushalts- und Finanzausschuss Änderungsanträge der CDU-Fraktion zu diesem Kapitel gegeben. Es gab im Fachausschuss allerdings Änderungsanträge vonseiten der FDP, sämtliche Ansätze in diesem Bereich auf Null zu setzen. Diesem Bestreben haben wir natürlich nicht nachgegeben.

**Vizepräsident Dr. Helmut Linssen:** Frau Kollegin!

**Gabriele Sikora (SPD):** Wir könnten in der Tat auf Entwicklungspolitik verzichten, wenn die Agrar- und Handelspolitik in der Welt den Entwicklungs- und Schwellenländern ein Mitmachen auf den Märkten ermöglichte. Dazu gehören der Abbau von Handelsschranken und die Aufhebung des Protektionismus.

**Vizepräsident Dr. Helmut Linssen:** Frau Kollegin, Sie müssen jetzt zum Schluss kommen.

**Gabriele Sikora (SPD):** Aber davon sind wir noch Lichtjahre entfernt. - Schönen Dank.

(Beifall bei SPD und GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Helmut Linssen:** Vielen Dank, Frau Kollegin Sikora. - Für die FDP-Fraktion erteile ich Herrn Brockes das Wort.

**Dietmar Brockes (FDP):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die FDP-Landtagsfraktion hält den von Rot-Grün für den Doppelhaushalt der Jahre 2004/2005 vorgelegten Haushaltsansatz im Bereich der Europa- und Eine-Welt-Politik für absolut nicht akzeptabel.

(Edgar Moron [SPD]: Das ist eine Überraschung!)

- Herr Moron, passen Sie schön auf, ich erkläre Ihnen das gleich. Sie lernen heute noch etwas.

Während sich der Ansatz im Europabereich für dieses Jahr gerade einmal bei 3,3 Millionen € bewegt, haben wir im Eine-Welt-Bereich den doppelten Ansatz. Meine Damen und Herren, an der Stelle findet aus Sicht der FDP ganz klar eine falsche Prioritätensetzung statt.

Weil der Ansatz im Europabereich so gering ist, möchte ich den Schwerpunkt meiner Ausführungen auf das Handeln der Personen legen. Angesichts des Versagens der rot-grünen Landesregierung in der Europapolitik kann ich meine Enttäuschung nicht verbergen.

Wie wir in der letzten Ausschusssitzung erfahren mussten, kann das Kabinett Steinbrück noch kein europapolitisches Konzept für 2004 vorlegen. Im Jahr der EU-Erweiterung, wo wichtige Entscheidungen, auch was die Strukturmittel angeht, anstehen, ist dies ein unglaubliches Armutszeugnis. Außerdem muss man deutlich sagen, ist die Landesregierung in Brüssel so gut wie nicht vertreten.

Man muss sich das einmal vorstellen, meine Damen und Herren: Minister Kuschke und Frau Staatssekretärin Meckel sprechen von einem proaktiven Ansatz der Landesregierung und legen das Programm für ihre Europaaktivitäten erst im März vor. Dann ist ein Viertel des Jahres bereits vergangen.

Hinzu kommt, dass auch die beiden Verantwortlichen so gut wie gar nicht in Brüssel präsent sind. Minister Kuschke war während seiner Amtszeit gerade einmal zehn Tage in Brüssel präsent und Frau Staatssekretärin bei 20 Terminen. Das ist definitiv zu wenig. Hier nehmen wir nicht irgendeinen Maßstab als Ansatzpunkt, sondern Ihren Vorgänger, Herrn Minister Samland, der jede Woche in Brüssel präsent war und dafür gesorgt hat, dass Nordrhein-Westfalen in Brüssel stattfindet.

Meine Damen und Herren, wir sehen hieran, wohin die Häufung von Aufgaben führt. Der Chef der Staatskanzlei ist durch den Untersuchungsausschuss, durch die Verwaltungsreform, durch die Haushaltsberatungen so eingebunden, dass die Europapolitik nicht mehr stattfindet.

Gerade im Hinblick auf die im Zusammenhang mit der EU-Osterweiterung bevorstehenden Änderungen bei der EU-Strukturmittelförderung appelliere ich an die Landesregierung, so schnell wie möglich ein Konzept vorzulegen und endlich in Brüssel Flagge zu zeigen. Eine gute und umfassende Lobbyarbeit vor Ort ist in diesem Jahr wichtiger denn je.

Ich erspare es mir an dieser Stelle, obwohl ich es gerne tun würde, auf die Verfehlungen der Europapolitik seitens der Bundesregierung einzugehen, denn das wäre mit Sicherheit ein abendfüllendes Programm.

Stattdessen noch kurz einige Sätze zum Eine-Welt-Haushalt. Ich bin, Frau Ministerin Höhn, angesichts der geplanten Erhöhungen in Ihrem Eine-

Welt-Etat sehr erstaunt. Während in allen anderen Ressorts drastisch gekürzt wird, wird das Budget im Eine-Welt-Bereich in 2004 um sagenhafte 23 % aufgestockt.

(Ute Koczy [GRÜNE]: Na ja!)

Meine Damen und Herren, das können wir als FDP-Fraktion nicht akzeptieren und haben deshalb Kürzungsansätze eingebracht. Es ist nicht akzeptabel, wenn in allen Bereichen - in der Jugendarbeit, in den Stadtbüchereien oder bei den Privatschulen - drastisch gekürzt wird, nur in diesem Eine-Welt-Bereich nicht. Das ist aus unserer Sicht nicht akzeptabel und deshalb lehnen wir den Haushalt ab. - Vielen Dank.

**Vizepräsident Dr. Helmut Linssen:** Vielen Dank, Herr Kollege Brockes. Vorbildlich in der Zeiteinhaltung. - Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen kommt jetzt Frau Koczy.

**Ute Koczy (GRÜNE):** Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich behaupte, die Bedeutung Europas drückt sich umgekehrt proportional zum Haushaltsansatz aus, denn tatsächlich sind die Wirklichkeit und die Bedeutung Europas nicht im Haushaltsansatz im Einzelplan 02 wiederzufinden. Das hat seine Gründe, aber ich glaube, Ihnen allen ist klar, dass das Thema Europa etwas anderes ist als nur ein Haushaltsansatz, dass es hier darum geht, Themen zu bearbeiten,

(Dr. Bernhard Kasperek [SPD]: Das ist meine Überzeugung!)

Themen wie z. B. Strukturfonds, Daseinsvorsorge, Verfassung, Osterweiterung. Es sind im Grunde Riesenthemen, die uns hier beschäftigen, und die werden ideell-virtuell abgearbeitet und nicht über Haushaltsansätze. Das ist ein ganz interessantes Phänomen. Ich denke, damit müssen wir uns auseinander setzen.

Leider hat aber auch dieser so kleine Haushaltsansatz noch weitere Kürzungen ertragen müssen. Ich würde auch zustimmen, wenn jemand sagt: Ja, das ist die unterste Schmerzgrenze; weiter geht es eigentlich nicht mehr, denn dann kann man sich als Europapolitikerin nicht mehr blicken lassen.

Wir haben 2004/2005 noch einmal 20 % eingespart. Ich denke, dass wir das in Bereichen getan haben, die nicht in die Strukturen einschneiden, sondern auf Feldern, die es noch vertragen können. Ansonsten, meine ich, kann es so nicht mehr weitergehen.

Es läuft auf jeden Fall noch etwas in Sachen "Benelux-Länder", also im Rahmen der Euregios. Ich bin sehr froh, dass es uns gelungen ist, trotz der angespannten Haushaltslage die Zusammenarbeit weiterhin auf guten Beinen zu halten.

Wenn wir jetzt über die Herangehensweise an Europa diskutieren, dann hat Kollege Brockes schon auf den proaktiven Ansatz hingewiesen. Das ist ein ganz wichtiger Ansatz. Bislang war es so, dass im Ausschuss Europa- und Eine-Welt-Politik dieser proaktive Ansatz von allen Fraktionen unterstützt worden ist, nur die FDP hat plötzlich im Haushaltsverfahren entdeckt, dass sie hier etwas zu mäkeln hat, hat sich daraus zurückgezogen und kritisiert es etwas fadenscheinig.

Ich bin der Ansicht, dass diese Themen über Jahresfristen hinaus diskutiert werden können. Wenn das europäische Jahr eben von Februar bis Februar oder von März bis März reicht, ist es auch ein Jahr und es endet nicht am 31.12. Herr Brockes, da sind Sie ein wenig kleinlich. Das hätte ich von Ihnen nicht gedacht.

Meine Damen und Herren, alle, die etwas über den Tellerrand hinausschauen, wissen: Unser Land wird nicht nur von europäischen, sondern auch von globalen Ereignissen beeinflusst. Unsere Herangehensweise in NRW, die sich unter dem Titel Eine-Welt-Politik manifestiert hat, steht dabei auch auf zwei Beinen. Es geht nämlich darum, Globalisierung im Sinne nachhaltiger Politik sozialgerecht und umweltverträglich zu gestalten.

Uns ist von Expertenseite ins Stammbuch geschrieben worden, dass wir auf dreierlei Weise in Nordrhein-Westfalen Verantwortung für eine kohärente Eine-Welt-Politik tragen:

Einmal durch Finanztransfers durch die Weitergabe angepasster Technologien. Ich verweise auf die Konferenz "Renewables", die jetzt in Bonn im Juni stattfinden wird. Diese Konferenz ist tatsächlich eine wesentliche Weichenstellung auch für die Eine-Welt- und Dritte-Welt-Länder; dann geht es auch darum, Know-how zur Armutsbekämpfung zu transportieren.

Zweitens. Wo tragen wir noch Verantwortung? - Durch nachhaltige Konsum- und Produktionsmuster, die sich bei uns etablieren müssen, die bei uns erprobt und durchgeführt werden müssen.

Drittens. Wir müssen Bürgerinnen, Schülerinnen, Verbraucherinnen, Verbände, Unternehmen, Kommunen, Verwaltungen etc. durch Information, Aufklärung und Bildung für die Gedanken und die Erfordernisse der nachhaltigen Entwicklung und

der internationalen Verantwortung motivieren und mobilisieren.

Das sind die drei Bereiche, die für uns wesentlich sind. Das versuchen wir, in Nordrhein-Westfalen zu erreichen. Dazu dienen die Promotorinnen, die entwicklungspolitische Bildungs- und Öffentlichkeitsarbeit, die Zuschüsse für Projekte ziviler Konfliktbearbeitung, der konkrete Friedensdienst, die Mittel für kommunale Entwicklungszusammenarbeit und nicht zuletzt der Eine-Welt-Beauftragte der Landesregierung. Alle diese Bereiche spielen zusammen eine wichtige Rolle.

Daher bin ich schlichtweg entsetzt, wenn die FDP hier mit der Axt zum Kahlschlag eines Systems ausholt, das auch von vielen Ehrenamtlichen und bürgerschaftlichem Engagement getragen wird, und zwar auch von Jugendlichen, von Schülerinnen und Schülern.

Die FDP sagt plötzlich „Nein“ zu all diesen Ansätzen, diskreditiert die Eine-Welt-Politik als nachrangig und verkennt, dass das Wissen über globale Zusammenhänge wesentlich für das soziale und ökologische Überleben auf diesem Planeten ist. Das bedauere ich zutiefst. Die FDP hat sich ja in der letzten Zeit etwas aufgeschlossen gezeigt. Aber jetzt ist die Diskussion wahrscheinlich vorbei.

Ich sage nur ade zur FDP in der Eine-Welt-Politik. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Helmut Linssen:** Vielen Dank, Frau Kollegin Koczy. - Die verbleibenden fünf Minuten Redezeit für die Landesregierung teilen sich nun in der Reihenfolge Minister Kuschke und Ministerin Höhn.

**Wolfram Kuschke,** Minister im Geschäftsbereich des Ministerpräsidenten: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bedanke mich sehr für die Unterstützung der Koalitionsfraktionen. Ich will durchaus ein Bild aufgreifen, Frau Abgeordnete Keller, das Sie benutzt haben: Auch in finanziell knappen Zeiten müssen wir das richtige Haus bauen.

Nach meiner Auffassung und der Auffassung der Landesregierung hat dieses europäische Haus von Nordrhein-Westfalen drei Stockwerke.

Beim ersten Stockwerk haben wir zu begleiten, was auf der Bundesebene läuft und was insbesondere die Interessen der Bundesländer berührt. Das haben wir beispielhaft beim Prozess der europäischen Verfassung auf den Weg gebracht.

Unter nordrhein-westfälischem Vorsitz der Europaministerkonferenz - begonnen von meiner geschätzten Kollegin Frau Kraft und fortgesetzt von mir - haben wir es geschafft, zu einer einheitlichen Auffassung der Bundesländer in der Stellungnahme zum Entwurf zur europäischen Verfassung zu kommen.

Zweitens. Wir haben zu berücksichtigen besondere Interessen von Nordrhein-Westfalen und anderen Bundesländern - Stichwort: Strukturfonds, wo wir uns in einer einheitlichen Situation mit den anderen Ziel-2-Ländern befinden und in der Tat nach wie vor noch darum ringen, eine vernünftige Lösung für uns zu bekommen.

Wir haben das außerdem deutlich gemacht am Beispiel des Chemikalienrechts - zusammen mit Frau Kollegin Höhn und Herrn Kollegen Schartau, mit dem Planspiel, das wir mit außerordentlicher Resonanz und großem Erfolg auf der europäischen Ebene eingebracht haben. Ich glaube, das war ein gutes Beispiel dafür, wie ein Landesweg in der europäischen Politik aussehen muss.

Beim dritten Stockwerk geht es wirklich um ganz spezifische NRW-Probleme. Das betrifft beispielsweise die besondere geopolitische Situation und Lage des Landes Nordrhein-Westfalen, was die Zusammenarbeit und Kooperation mit dem Benelux-Bereich anbelangt.

Ich verweise darauf: Dieses Haus umfasst nicht nur die Staatskanzlei, sondern die gesamte Landesregierung. Denn das, was wir auf der europäischen Ebene bewegen können, ist eine Gesamtleistung der Landesregierung.

Dann brauchen wir den richtigen Mörtel, die richtigen Baumaterialien - um in diesem Bild zu bleiben. Das ist der proaktive Ansatz, den wir weiterentwickelt haben. Die Themen, die wir im Arbeitsprogramm 2003 benannt haben, haben sich als die richtigen herausgestellt. Herr Kollege Brockes, die haben wir im März 2003 vorgestellt. Und im März 2004 machen wir jetzt das Gleiche. Sie brauchen keine Angst zu haben, dass wir bei unseren Aktivitäten irgendeinen Tag verlieren.

Wir werden uns in den nächsten Tagen mit dem Kohäsionsprozess zu beschäftigen haben. Wir haben uns mit dem Komplex EU-Erweiterung beschäftigt. Ich erinnere an die Beantwortung der Großen Anfrage. Das Gleiche gilt für den Bereich der Euregios. Wenn wir ausreichend Zeit hätten, könnte ich noch vieles mehr auflisten. Das ist leider nicht möglich.

Herr Brockes, was Ihr - erlauben Sie mir die Formulierung - Fliegenbeinzählen anbelangt, das ein

gewisses intellektuelles Niveau unterschreitet: Frau Staatssekretärin Meckel und ich hätten doch ein Zelt vor der Kommission aufstellen können. Dann hätten Sie uns immer noch gefragt, warum wir eigentlich nicht im Wohnzimmer von Herrn Prodi übernachten.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

Das ist nicht der Stil, wie wir effektive Politik betreiben. Wir tun das vielmehr auf der Linie unseres Arbeitsprogramms und des proaktiven Ansatzes, und das mit anerkannten Erfolgen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Helmut Linssen:** Vielen Dank, Herr Minister. - Das Wort hat nun Ministerin Höhn.

**Bärbel Höhn,** Ministerin für Umwelt und Naturschutz, Landwirtschaft und Verbraucherschutz: Meine Damen und Herren! Die meisten meiner Vorredner haben einen Schwerpunkt auf Europa gelegt, sodass ich meine Ausführungen zur Eine-Welt-Politik relativ kurz fassen kann.

Ich will insbesondere auf die FDP eingehen. Ich erinnere mich noch sehr genau daran, dass auch die FDP nach den Terroranschlägen vom 11. September sehr deutlich gesagt hat: Wir müssen die Eine-Welt-Mittel erhöhen. Wir müssen für mehr soziale Gerechtigkeit auf dieser Welt sorgen, damit der Terrorismus nicht nur mit militärischen Mitteln angegangen wird, sondern ihm auch mit einer solidarischen Weltwirtschaft der Boden entzogen wird.

Davon hat sich die gesamte FDP schon lange verabschiedet. Ich finde es sehr schade, dass Sie jedes Jahr hier unisono Kürzungsvorschläge machen.

Die Welt-, die Staatengemeinschaft hat sich ganz andere Ziele gesetzt. Sie hat sich z. B. die globale Gerechtigkeit zum Ziel gesetzt. Ihr Ziel ist, die Anzahl der Menschen, die in Armut auf der Erde leben, zu halbieren und den Menschen den Zugang zu Trinkwasser und Abwasser zu erleichtern.

Das scheint Sie offensichtlich alles nicht zu interessieren. Herr Brockes, was soll man dazu sagen, wenn Sie noch nicht einmal in der Lage sind, zwei Zahlen zu addieren? Sie sagen, die Mittel im Eine-Welt-Bereich seien erhöht worden. Das liegt daran, dass wir sowohl Eine-Welt-Mittel im GFG bei der kommunalen Entwicklungszusammenarbeit als auch im Einzelplan 10 hatten. Wenn Sie beides zusammentun, ist leider auch der Eine-Welt-Bereich sehr stark gekürzt worden. Aber offensichtlich besitzen Sie noch nicht einmal die in-

tellektuellen Fähigkeiten, um zwei Zahlen zusammenzuzählen. Schade!

Wichtige Stichpunkte werden für uns in diesem Jahr sein, dass wir die internationale UN-Konferenz in Bonn "Renewables" aktiv begleiten werden, dass wir unsere Partnerschaft mit Mpumalanga auch inhaltlich stärker fortsetzen und

(Beifall von Ute Koczy [GRÜNE])

dass wir natürlich Kampagnen wie fairen Handel weiter unterstützen werden.

Es geht uns aber auch um die Umweltbildungs- und Informationsarbeit, weil wir dort die Schwerpunkte setzen. Mit der Stiftung haben wir einen guten Partner. Wir versuchen, das neue Programm "kommunale Zusammenarbeit", welches nun in meinem Etat etatisiert ist, so unbürokratisch wie möglich den Kommunen für Eine-Welt-Arbeit zur Verfügung zu stellen. - Vielen Dank für Ihre Geduld so spät am Abend.

(Beifall bei den GRÜNEN)

**Vizepräsident Dr. Helmut Linssen:** Vielen herzlichen Dank, Frau Ministerin. Auch hier eine vorbildliche Disziplin. - Wir haben damit den Bereich 12 - Europa und Eine-Welt - beendet. Weitere Wortmeldungen sehe ich nicht.

Wir kommen zur **Abstimmung** über den **Einzelplan 02** - Ministerpräsident - entsprechend der Beschlussempfehlung Drucksache 13/4802. Wer ist für diese Beschlussempfehlung? - Wer ist dagegen? - Wer enthält sich der Stimme? - Damit ist diese Beschlussempfehlung mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen gegen die Stimmen der Opposition **angenommen** worden.

Ich weise darauf hin, dass die Abstimmung über den Einzelplan 10 erst am Donnerstag nach der Abstimmung über den Bereich 7 - Umwelt- und Landesplanung - erfolgt.

Ich rufe **Bereich 13** auf:

### **Migration**

Damit ist der Einzelplan 11 - Ministerium für Gesundheit, Soziales, Frauen und Familie - angesprochen.

Ich weise auf die Beschlussempfehlung Drucksache 13/4811 und auf den Änderungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 13/4923 hin.

Ich eröffne die Beratung und erteile für die CDU-Fraktion dem Kollegen Eckhold das Wort.

**Dr. Heinz-Jörg Eckhold (CDU):** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich mit einigen harten Fakten beginnen. Die wichtigsten Ergebnisse einer vom Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik im Jahr 2003 herausgegebenen Studie über junge Menschen aus Zuwandererfamilien in Ausbildung und Beruf lauten:

Erstens: "Auszubildende aus Zuwandererfamilien haben nicht nur geringere Chancen auf einen betrieblichen Ausbildungsplatz als einheimische deutsche Jugendliche, sondern es gibt auch Anzeichen, dass sich der Rückstand wieder vergrößert."

Zweitens: "Bei Auszubildenden mit Migrationshintergrund ist nach wie vor ein stark verengtes Berufsspektrum zu beobachten. In den neuen Berufen sind die Chancen von Jugendlichen mit Migrationshintergrund verschwindend gering. Dies gilt insbesondere für die zukunftsträchtigen Ausbildungsberufe im Informations- und Telekommunikationsbereich."

Drittens: "Im Hochschulbereich sind die größten Rückstände bei der Bildungsbeteiligung junger Menschen mit Migrationshintergrund zu verzeichnen."

Wie Sie sehen, kommt diese Studie zu einem insgesamt verheerenden Ergebnis. Die soziale Mobilität der Jugendlichen aus Zuwandererfamilien hat nicht nur nicht zugenommen, sondern sie hat in den letzten Jahren sogar abgenommen. Ein fatales Zeugnis kann man einer Integrationspolitik nicht ausstellen, denn vor allem auf die Jugendlichen kommt es an.

Bereits in zehn Jahren werden wir in vielen deutschen Großstädten einen Anteil der Jugendlichen mit Migrationshintergrund von 50 % haben. Was die angesichts dieser Größenordnung mangelnde soziale Mobilität dieser Menschen für die Zukunft Deutschlands bedeutet, kann sich jeder leicht ausmalen.

Was tut die Landesregierung? Sie kürzt die Mittel für die Integrationsmaßnahmen im Doppelhaushalt 2004/2005 real um 40 %, und das, obwohl alle Fraktionen 2001 eine richtungweisende Integrationsoffensive für NRW beschlossen haben. Diese Kürzungen machen eine gute Integrationspolitik nahezu unmöglich. Sie zeigen das Desinteresse der Landesregierung am parlamentarischen Willen.

Rot-Grün argumentiert immer damit, dass durch die Streichungen vor allem Mittel für das Zuwanderungsgesetz des Bundes bereitgestellt werden,

